

3. *ersucht* den Generalsekretär, vor Ablauf des Mandatszeitraums einen Bericht über die Situation in Westsahara vorzulegen;
4. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Null-Toleranz-Politik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in der Mission uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;
5. *beschließt*, das Mandat der Mission bis zum 30. April 2007 zu verlängern;
6. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 5560. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Am 5. Februar 2007 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär⁷⁹:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 31. Januar 2007 betreffend Ihre Absicht, Herrn Julian Harston (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Westsahara und Leiter der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara zu ernennen⁸⁰, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.“

Auf seiner 5669. Sitzung am 30. April 2007 beschloss der Rat, den Vertreter Spaniens einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Westsahara

Bericht des Generalsekretärs über die Situation betreffend Westsahara (S/2007/202)“.

Resolution 1754 (2007) vom 30. April 2007

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über Westsahara,

in Bekräftigung seiner nachdrücklichen Unterstützung für die Anstrengungen des Generalsekretärs und seines Persönlichen Gesandten,

in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, den Parteien bei der Herbeiführung einer gerechten, dauerhaften und für beide Seiten annehmbaren politischen Lösung behilflich zu sein, die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara im Rahmen von Regelungen vorsieht, die mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehen, und unter Hinweis auf die Rolle und die Verantwortlichkeiten der Parteien in dieser Hinsicht,

mit der erneuten Aufforderung an die Parteien und die Staaten der Region, auch künftig voll mit den Vereinten Nationen und miteinander zusammenzuarbeiten, um den derzeitigen Stillstand zu überwinden und Fortschritte in Richtung auf eine politische Lösung zu erzielen,

Kenntnis nehmend von dem dem Generalsekretär am 11. April 2007 vorgelegten Vorschlag Marokkos und die ernsthaften und glaubwürdigen marokkanischen Anstrengungen begrüßend, den Prozess einer Lösung näher zu bringen, sowie Kenntnis nehmend von dem dem Generalsekretär am 10. April 2007 vorgelegten Vorschlag der Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro (Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Río de Oro),

⁷⁹ S/2007/56.

⁸⁰ S/2007/55.

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 13. April 2007⁸¹,

1. *bekräftigt* die Notwendigkeit, die mit der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara geschlossenen Militärabkommen in Bezug auf die Waffenruhe in vollem Umfang einzuhalten;
2. *fordert* die Parteien *auf*, ohne Vorbedingungen und in redlicher Absicht unter Berücksichtigung der Entwicklungen der letzten Monate Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, eine gerechte, dauerhafte und für beide Seiten annehmbare politische Lösung herbeizuführen, die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara vorsieht;
3. *ersucht* den Generalsekretär, diese Verhandlungen unter seiner Schirmherrschaft zu organisieren, und bittet die Mitgliedstaaten, für diese Gespräche angemessene Unterstützung zu gewähren;
4. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, bis zum 30. Juni 2007 einen Bericht über den Stand dieser unter seiner Schirmherrschaft geführten Verhandlungen und die dabei erzielten Fortschritte vorzulegen, und bekundet seine Absicht, zusammenzutreten, um diesen Bericht entgegenzunehmen und zu erörtern;
5. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, vor Ablauf des Mandatszeitraums einen Bericht über die Situation in Westsahara vorzulegen;
6. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, die Entrichtung freiwilliger Beiträge zur Finanzierung vertrauensbildender Maßnahmen zu erwägen, die vermehrte Kontakte zwischen voneinander getrennten Familienmitgliedern und insbesondere Besuche zur Familienzusammenführung ermöglichen;
7. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Null-Toleranz-Politik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in der Mission uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;
8. *beschließt*, das Mandat der Mission bis zum 31. Oktober 2007 zu verlängern;
9. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 5669. Sitzung einstimmig verabschiedet.

DIE SITUATION IN TIMOR-LESTE⁸²

Beschlüsse

Auf seiner 5512. Sitzung am 15. August 2006 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Australiens, Brasiliens, Finnlands, Indonesiens, Kap Verdes, Kubas, Malaysias, Neuseelands, der Philippinen, Portugals, Singapurs und Timor-Lestes (Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit) einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Timor-Leste

Bericht des Generalsekretärs über Timor-Leste gemäß Resolution 1690 (2006) des Sicherheitsrats (S/2006/628)“.

⁸¹ S/2007/202.

⁸² Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat auch in den Jahren 1975, 1976, 1999 bis 2005 und im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Juli 2006 verabschiedet.